

Aus dem Inhalt

Neues Kirchen-Institut für Mission und Ökumene startet im Januar	2
Deutsche Bischöfe reisen gemeinsam nach Rom	3
Mehr als 215.000 Flüchtlinge aus der Ukraine in NRW	4
Uni Saarbrücken: Studierendenzahl hält sich auf Vorjahresniveau	5
Pflege-Expertin: Generalistische Ausbildung löst Personalmangel nicht	6
Ermittler gehen von 32 Vergewaltigungsoptionen am Klinikum Bethel aus	8
BA-Chefin Nahles: Künstliche Intelligenz keine Bedrohung	9
Akt der Freundschaft: Fenster von Notre-Dame in Köln restauriert	10
„ARD Retro“ veröffentlicht Audios zur Zeitgeschichte vor 1966	12
Installation von Silvia Noronha erweitert	13
Skulpturenpark Grafenwerth	13
Impressum	14

Umweltinitiativen fordern vollständiges Fracking-Verbot

Schwerte, Berlin (epd). Fünfzig Umweltverbände, Kirchengruppen und Bürgerinitiativen haben in einem offenen Brief an mehrere Bundesministerien ein vollständiges Fracking-Verbot gefordert. Fracking sei ein Irrweg, heißt es in dem am Dienstag in Berlin veröffentlichten gemeinsamen Brief, den unter anderem die Deutsche Umwelthilfe, Nabu, BUND, WWF und die Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Evangelischen Kirchen in Deutschland unterzeichnet haben. Damit könne die derzeitige Energienotlage nicht gelindert werden. Stattdessen würden jahrelang Klima, Umwelt und Gesundheit der Menschen in Deutschland massiv geschädigt werden. Der Brief ist an das Umwelt-, das Landwirtschafts-, Wirtschafts- und das Gesundheitsministerium gerichtet.

Der brutale Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine habe die dramatische fossile Abhängigkeit Deutschlands offenbart, erklärten die Umweltverbände. Auf die neue Situation müsse intelligent mit Investitionen reagiert werden, die die Klima- und Energiekrise nachhaltig lösen würden. Die Bundesregierung dürfe nicht auf Industrielobbyisten hereinfallen, die die aus guten Gründen verbannte Fracking-Technik nun doch in Deutschland durchsetzen wollte.

Fracking schaffe keine Abhilfe der aktuellen Energiekrise, erklärte der Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, Sascha Müller-Kraenner. Es würden Jahre vergehen, bis signifikante Mengen gefördert werden könnten. Angesichts einer angestrebten Klimaneutralität bis 2045 seien neue fossile Projekte eine Fehlinvestition.

Der Wasserverbrauch von Fracking sei enorm und würde mit dem bereits heute kritischen Bewässerungsbedarf der Landwirtschaft konkurrieren, warnte Olaf Bandt vom BUND. Fracking drohe die Klima- und Ressourcenkrise weiter zu verschärfen.



Kirchen seien besorgt, dass die betroffenen Regionen mit unverhältnismäßig hohen Umweltbelastungen konfrontiert sein werden, betonte Gudrun Kordecki vom Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten der Evangelischen Kirchen in Deutschland (AGU), die auch Referentin für Umwelt und Bioethik der westfälischen Kirche ist.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner verwiesen zudem auf die schlechte Klimabilanz, negative Gesundheitsauswirkungen sowie Warnungen von UN-Institutionen bezüglich Menschenrechtsverstößen.

Neues Kirchen-Institut für Mission und Ökumene startet im Januar

Dortmund (epd). Ein neues Institut für Mission und Ökumene der westfälischen Kirche wird am 20. Januar in Dortmund eröffnet. Das „oikos-Institut für Mission und Ökumene“ entsteht aus einer Zusammenführung des Amtes für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung" (MÖWe) und des Instituts für Gemeindeentwicklung und missionarische Dienste (igm), wie die westfälische Kirche am Montag mitteilte. Leiter des neuen Instituts wird Pfarrer Ingo Nesperke, der bislang Leiter des Instituts für Gemeindeentwicklung war.

Nesperke wird am Eröffnungstag in einem Gottesdienst von der westfälischen Präses Annette Kurschus offiziell eingeführt. Zugleich wird die Leiterin des Amtes für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung, Pfarrerin Annette Muhr-Nelson, verabschiedet.

Die Aufgaben der beiden in Dortmund ansässigen Einrichtungen sollen in dem neuen Institut zusammengeführt werden. Aufgabe des Amtes MÖWe ist es, die ökumenischen Aktivitäten der westfälischen Landeskirche zu bündeln. Dabei unterstützt und berät es Kirchenkreise und Gemeinden.

Aufgabe des Instituts für Gemeindeentwicklung und missionarische Dienste ist es nach eigenen Angaben, „die Botschaft von der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk“ zeitgemäß wahrzunehmen. Dabei unterstützt, fördert und begleitet es Menschen und Gemeinden der westfälischen Kirche.

Oikos bezeichne im Griechischen Haus und Haushalt, hieß es. Es sei Bestandteil unter anderem der Wörter Ökumene und Ökologie.

Kirchen